

Steuerrecht: Der schiefe Blick auf Konzerne

Gastkommentar. Wer meint, Österreich würde um Einnahmen aus der Körperschaftsteuer in Milliardenhöhe geprellt, übersieht einen wesentlichen Umstand: Österreich bittet andere Staaten nach dem gleichen Muster zur Kasse.

VON GOTTFRIED SCHELLMANN

Wien. In der innenpolitischen Auseinandersetzung um den Parteivorsitz der SPÖ hat der am Ende doch siegreiche Andreas Babler seine Positionen als „linke Hoffnung“ lautstark formuliert. Dabei durfte der Kampf um die Besteuerung der internationalen Konzerne nicht unerwähnt bleiben, ist doch Julia Herr in seinem Unterstützerteam. Auch das gewerkschaftsnahe Momentum-Institut hatte Ende Februar den „Corporate Tax Refusal Day 2023“ ausgerufen. Es wäre der 5. Februar, der Tag ab dem angeblich erst die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer zu fließen beginnen, weil vom 1. Jänner bis zum 5. Februar 1,3 Milliarden Euro nicht erhoben würden. Die Unternehmen würden den Staat legal um Milliarden prellen.

Grundlage für diese Behauptungen sind die Arbeiten von Gabriel Zucman, der mit der Leitung der Europäischen Steuerbeobachtungsstelle betraut wurde. Seine Arbeiten, die er mit anderen Ökonomen unter dem Titel „The Missing Profits of Nations“ veröffentlicht, sollen den Verlust europäischer Staaten an möglichen Steuersubstraten durch die Gestaltungen der internationalen, vor allem US-amerikanischen Konzerne dokumentieren.

Konzernspitzeneffekt wirkt

Standorte, an denen US-Konzerne ihre Direktinvestitionen in Europa historisch getätigt haben, werden als Steueroasen ausgewiesen: die Niederlande, Luxemburg, Irland, Belgien und die Schweiz. Grundsätzlich geht es um den Konzernspitzeneffekt: Jene Staaten, denen es dank regulatorischer Vorteile gelingt, die meisten Konzernspitzen zu beherbergen, haben den größten Nutzen, sowohl beschäftigungspolitisch als auch hinsichtlich ihrer Abgabenstruktur. Das heißt nicht, dass diese Staaten auch Steueroasen sind.

Tatsache ist, dass die US-amerikanische Außenwirtschaftspoli-



Porsche zahlt rund drei Milliarden Euro Lohnabgaben an Deutschland, finanziert von Kunden aus Europa und den USA. [Clemens Fabry]

tik schon seit den 1950er-Jahren Direktinvestitionen ihrer in den USA ansässigen Konzerne aktiv fördert. Unterschiedliche Maßnahmen, wie die Domestic international Sales Corporation und die Foreign international Sales Corporation, beides verbotene Exportförderungen im Lichte der WTO-Regeln und in der Folge auch abgeschafft, waren solche. Das später geduldete „check the box regime“ mit den Bermudagesellschaften war ebenfalls ein verdecktes Förderungsmodell.

Infolge der Reagan'schen Steuerreform haben es einige europäische Staaten verstanden, sich als Hubs für US-Firmen in Europa zu etablieren. Insbesondere die Niederlande waren erfolgreich: Dort wurden etwa 900 Milliarden der rund vier Billionen US-Dollar an Direktinvestitionen der US-Unternehmen in Europa getätigt. Es gelang den Niederlanden, durch eine begünstigende Konzernbesteuerung, die vorteilhafte Besteuerung von Expatriates, ein modernes Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA und einen praktikablen Vollzug im Zoll- und Einfuhrumsatzsteuerrecht massive Investitionen anzuziehen.

Großbritannien als Zentrum der Finanzindustrie zog rund 800 Milliarden US-Dollar an, Luxemburg kommt wegen seiner flexiblen Verrechnungspreisregime auf rund 750 Milliarden (Amazon). Irland wiederum nutzt seine US-Heritage: 32 Millionen US-Amerikaner bekennen sich zu ihrem irischen Ursprung. In Verbindung mit dem günstigen Körperschaftsteuersatz (erst zehn, dann 12,5 %) kommt Irland auf rund 400 Milliarden. Die Schweiz wurde wegen ihres flexiblen Vollzugs und der niedrigen Sätze in 18 Kantonen als besonderer Standort für das sogenannte Prinzipal-System für die Verrechnungspreise geschätzt und zog rund 230 Milliarden US-Dollar an.

Die größte Volkswirtschaft in Europa, Deutschland, zog nur rund 140 Milliarden US-Dollar an Direktinvestitionen an, weil die meisten US-Konzerne über die Niederlande, Luxemburg oder die Schweiz dort investieren. Österreich konnte schmale rund vier Milliarden an Direktinvestitionen aus den USA verbuchen: Trotz des teuersten Systems an berufsständischen Vertretungen in Österreich und seiner vielen Experten dort einschließlich der Wirtschaftsfor-

schungsinstitute wurde Standortpolitik hier nie verstanden.

Der Konzernspitzeneffekt lässt sich nicht nur anhand der Direktinvestitionen der US-Konzerne analysieren, sondern auch anhand der einzelnen Staaten. Das übersehen Zucman und Co. Das System ist überall gleich. Dort, wo die Konzernspitzen ihren Sitz haben, werden die Ergebnisse aus dem globalen Handel mit Gütern, einschließlich ihrer Produktion, und Dienstleistungen und die Einkünfte aus Direktinvestitionen, wie Dividenden, Zinsen und Lizenzen, gesteuert, steuerlich optimiert und gebündelt.

Deutschland hat größten Profit

Größter Profiteur in der EU ist Deutschland, weil dort viele Konzernspitzen ihren Sitz haben und es ein Nettoexporteur ist. In den Preisen der exportierten Güter und Dienstleistungen sind viele Steuern, wie alle Lohnabgaben, Grundsteuern etc., enthalten. Porsche etwa liefert mit seinen Vorlieferanten rund drei Milliarden Euro an Lohnabgaben an den deutschen Staat ab, die in den Preisen enthalten sind und die Kunden überwiegend in Europa und den USA be-

zahlen. Insgesamt erzielt Deutschland dank des Binnenmarkteffekts – also der harmonisierenden Produkt- und Dienstleistungsstandards – ein Vielfaches mehr an Abgaben und zusätzlich rund 130 Milliarden Euro an Zinsen, Dividenden und Lizenzen jährlich, die ebenfalls steuerverhangen sind, als es selbst in die EU einbezahlt.

Auch Österreich bezieht vor allem dort, wo seine Konzerne tätig sind, das sind die Banken und Versicherungen, einschließlich der OMV in Osteuropa, aus dem Konzernspitzeneffekt Milliarden, auch an Steuern. So flossen zum Beispiel aus Rumänien seit dem EU-Beitritt mehr als neun Milliarden Euro an Zinsen und Dividenden nach Österreich – und aus Tschechien 26 Milliarden. Während Österreich gegenüber Rumänien Nettoexporteur an Waren und Dienstleistungen ist, ist es gegenüber Tschechien wegen der hohen Stromimporte – mehr als zwei Milliarden Euro (Atomstrom) – ein Nettoimporteur.

Zucman und Co. untersuchen nur jenen Ausschnitt, der in ihr Argumentationsportfolio passt. Die Besteuerungsrechte werden überall gleich ausgeübt. Die Vorstellung, Österreich werde um 1,3 Milliarden Euro geprellt wegen eines Besteuerungsrechts, das es gar nicht hat, Rumänien oder die tschechische Republik und andere etwa gegenüber Österreich aber um gar nichts, ist dem staatsphilosophischen Ansatz des sozialistischen Fiskalimperialismus geschuldet. Dessen Maxime: Wir schreien über mögliche Nachteile, aber wir bitten die anderen Staaten nach genau dem gleichen System zur Kasse.

In der Europäischen Union sollen Fake News bekämpft werden. Es wäre vorbildlich, wenn die Kommission bei sich selbst beginnen würde, und die Verbreitung solchen Unfugs einstellt.

Mag. Gottfried Schellmann ist Steuerberater in Wien und Experte für internationale Unternehmensbesteuerung.

LEGAL § PEOPLE

Branchen-News aus der Welt des Rechts

Einsteiger der Woche

Kürzlich wurde die jüngste Rechtsanwältin Kärntens feierlich angelobt: **Valentina Gasser** ist 27,9 Jahre alt und somit derzeit die jüngste Anwältin im ganzen Bundesland. Sie wurde durch den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer für Kärnten, **Gernot Murko**, angelobt. Murko lobte in seiner Festrede Gasser, die nach Jusstudium und sieben Monaten Gerichtspraxis ihre viereinhalbjährige Ausbildungszeit als Rechtsanwaltsanwärterin in der Kanzlei „Murko Bauer Murko Klatzer Rechtsanwälte“ absolviert hat, als engagierte Allrounderin. Gasser hat sich auf Medizinrecht, Arbeitsrecht und Gesellschaftsrecht spezialisiert.

Das Anwaltsteam von Schiefer Rechtsanwältinnen freut sich über Verstärkung. **Stephanie Pilz** wird ihre Expertise in den Bereichen Apothekenrecht, Markenrecht, Immaterialgüterrecht und Wettbewerbsrecht einbringen und Mandant:innen in diesen Bereichen bei Schiefer Rechtsanwältinnen beraten.



Stephanie Pilz verstärkt das Anwaltsteam von Schiefer. [Studio Koekart]



Clemens Hasenauer von Cerha Hempel hat OMV beraten. [Beigestellt]



Clemens Jauffer und sein Team haben erfolgreich beraten. [Beigestellt]

Deloitte Legal baut die Führungsspitze weiter aus und ernennt mit **Gabriele Ettl**, **Sascha Jung** und **Stefan Zischka** gleich drei neue Equity Partner. Bei Jank Weiler Oprenyi, der österreichischen Rechtsanwaltskanzlei im globalen Deloitte-Legal-Netzwerk, stehen die Zeichen also auf Wachstum. Die Wiener Rechtsanwältin Gabriele Ettl ist bereits seit 2017 als Partnerin in der

Kanzlei tätig und leitet die Immobilienrechtsabteilung. Der ebenfalls aus Wien stammende Anwalt Sascha Jung führt seit 2017 erfolgreich das IP/IT & Data Protection Team von Deloitte Legal. Der Rechtsanwalt Stefan Zischka verantwortet seit 2017 als Partner den Fachbereich Arbeitsrecht und verfügt über langjährige Berufserfahrung in den Bereichen Arbeits-, Sozial- und Fremdenrecht.

Deals der Woche

Die Kanzlei Cerha Hempel hat die OMV im Zusammenhang mit dem Verkauf ihres Avanti-Tankstellennetzes in Deutschland an den polnischen Energiekonzern PKN Orlen Group als Transaktionsanwalt in allen rechtlichen Aspekten beraten. Mit dieser erfolgreichen Transaktion festigt Cerha Hempel seine Position

als einer der führenden Rechtsberater im Energiesektor. Das Beraterteam von Cerha Hempel wurde von **Clemens Hasenauer** geleitet und bestand des Weiteren aus **Harald Stingl**, **Alexander Reich-Rohrwig**, **Lorenz Pracht** und **Svitlana Kuzmenko**.

Die Anwaltskanzlei Jauffer Rechtsanwälte hat unter der Federführung von **Clemens Jauffer** die Christof Industries Global GmbH (CIG) erfolgreich bei der Konzernrestrukturierung sowie im Sanierungsverfahren beraten. Der Sanierungsplan der CIG wurde kürzlich vom Insolvenzgericht bestätigt. Im Team von Jauffer Rechtsanwälte arbeiteten **Mario Leistentritt**, **Franziska Jauffer**, **Markus Bachler** und **Julia Anderl**.

LEGAL & PEOPLE

ist eine Verlagsserie der „Die Presse“ Verlags-Gesellschaft m.b.H. & Co KG
Koordination: René Gruber
E-Mail: rene.gruber@diepresse.com
Telefon: +43/(0)1/514 14 263